

# Städte für Menschen

Die zentralen Erwartungen und Forderungen  
des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag  
und die neue Bundesregierung

Beschlossen vom Präsidium des Deutschen Städtetages



# Die zentralen Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung

## Präambel – Städte für Menschen

Städte sind Orte für Menschen. Sie gestalten das Leben vor Ort. Die Politik muss sich hieran ausrichten. Mit der neuen Legislaturperiode müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit die Städte in unserem Land lebenswert, krisenfest, innovativ und modern bleiben können. Die Städte haben enorme Herausforderungen vor sich: Die Corona-Pandemie und den Transformationsprozess in den Innenstädten und Quartieren, den Klimaschutz und die Mobilität der Zukunft. Und nicht zuletzt das Fehlen bezahlbaren Wohnraums, das den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft in Frage stellen kann.

Gemeinsam müssen wir es schaffen, die Lebensqualität in den Städten für die Bürgerinnen und Bürger auch nach der Pandemie zu erhalten. All das geht nur mit starken Städten. Mit Städten, die finanziellen Handlungsspielraum haben. Mit Städten, die frühzeitig in Entscheidungen von Bund und Ländern eingebunden werden. Und mit Städten, die über örtliche Belange selbst entscheiden dürfen. Dafür braucht es am Ende immer auch die Unterstützung durch den Bund.

Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Städtetag seine Erwartungen und Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung zusammengefasst:

## Städte benötigen Planungssicherheit für die Entwicklung ihrer Innenstädte



Foto: © GOSLAR marketing gmbh / Stefan Schiefer

Innenstädte sind Orte des urbanen Lebens. Daher muss das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ in Höhe von 250 Millionen Euro ausgebaut werden. In den nächsten fünf Jahren sollten hierfür Fördermittel von jährlich 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Um die Attraktivität der Innenstädte zu sichern, müssen auch bewährte Instrumente wie die Städtebauförderung flexibilisiert und weiterentwickelt werden. Der „Beirat Innenstadt“ beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) sollte institutionalisiert und die Städte durch ein bundesweites Service- und Kompetenzzentrum bei der Transformation unterstützt werden.



## Konsequenter für bezahlbares Wohnen sorgen

Der Bestand an öffentlich geförderten und auch bezahlbaren freifinanzierten Wohnungen sinkt weiterhin. Der Bund muss seinen Anteil zur öffentlichen Wohnraumförderung deutlich erhöhen. Gleichzeitig benötigen die Städte leichteren Zugriff auf Baugrund. Nur so lassen sich weiter steigende Preise beim Bauland und bei den Mieten verhindern. Über kommunale Bodenfonds steuern die Städte dann je nach Bedarf vor Ort, was und wann gebaut wird. In solchen Fonds werden Grundstücke vorgehalten, über die die Kommunen verfügen können.



Foto: © Deutscher Städtetag / Anja Vohl

## Klimaschutz und Klimaanpassung verstärken



Foto: © Heart&Minds / Difu

Der Klimawandel schreitet voran und stellt die Städte vor große Herausforderungen. Es ist daher richtig, dass die Städte vielfach das Erreichen der Klimaneutralität schon vor 2045 anstreben und ihr Engagement beim Klimaschutz verstärken. Der Bund muss das Klimaschutzgesetz weiterentwickeln und auch die Klimaanpassung darin verankern. Darüber hinaus sollten die Rahmenbedingungen für den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien verbessert und das Gebäudeenergiegesetz an die verschärften Klimaziele angepasst werden. Zudem brauchen die Städte ein tragfähiges und rechtlich abgesichertes Finanzierungsprogramm für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung.

## Mobilität nachhaltig gestalten

Die Städte brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, die die kommunalen Anstrengungen zum Ausbau zukunftsgerichteter, klimaneutraler Mobilität unterstützen. Sie müssen künftig verkehrslenkende Maßnahmen nach örtlichen Bedarfen treffen und eigene Mobilitätsprojekte umsetzen können. Ein stabil finanzierter öffentlicher Nahverkehr muss Teil der Mobilitätsstruktur vor Ort sein. Der Bund muss sich noch stärker an den Investitions- und Betriebskosten beteiligen.



Foto: © Kölner Verkehrs-Betriebe AG / Christoph Seelbach  
Foto: © Deutscher Städtetag / Tobias Fricke

## Gemeinsame Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen



Foto: @contrastwerkstatt - stock.adobe.com

Die Bundesregierung muss Konsequenzen aus den Ergebnissen internationaler Studien und den Erfahrungen der Pandemie ziehen. Rückstände und Defizite etwa in der digitalen Bildung, in der Ganztagsbildung oder bei der Bildungsgerechtigkeit müssen angegangen werden. Das wird nur gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen im Sinne eines kooperativen Föderalismus bewältigt werden können. Nicht jeder für sich, sondern mehr Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde. Dafür braucht es ein geeignetes und regelmäßig tagendes Gremium unter Beteiligung der Kommunen.

## Masterplan für digitale Bildung

Deutschland braucht einen „Masterplan Digitalisierung in der Bildung“. Der Digitalpakt und die während der Pandemie auf den Weg gebrachten zusätzlichen Digitalprogramme waren wichtige Schritte. Zukunftstaugliche Konzepte für die Digitalisierung in der Bildung aber sind komplex und können deshalb nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Dabei geht es vor allem darum, Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Schulträgern festzulegen, die Finanzierungsfragen nachhaltig zu regeln und alle Bildungseinrichtungen einzubeziehen. Auch die Wirtschaft sollte sich einbringen.



Foto: @BillionPhotos.com - stock.adobe.com

## Zuwanderung von Arbeitskräften in sozialen Berufen essenziell



Foto: @Bruno Wansing / Stadt Bocholt

Der Bedarf an Pflegekräften, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialarbeitern und Ärztinnen ist gigantisch. Das gilt schon heute. In Kitas, Horten und Grundschulen sowie im Pflegebereich fehlen in den nächsten Jahren voraussichtlich mehrere Hunderttausend Fachkräfte. So viele Menschen werden wir in Deutschland weder finden noch ausbilden können. Es ist höchste Zeit, in anderen Staaten der Europäischen Union und in Drittstaaten strukturiert, effizient und schnell Fachkräfte anzuwerben. Die vielfältigen Anforderungen für Fachkräfte aus Drittstaaten müssen vereinfacht werden.



## Integration finanziell absichern

Integration bleibt eine zentrale kommunale Aufgabe. Städte können Integration. Sie muss früh beginnen – in Kitas, in Schulen, in Integrationskursen und auf dem Arbeitsmarkt. Erfolgreiche Integration erfordert ausreichende finanzielle Mittel. Der Bund muss sich dauerhaft und angemessen an den Kosten dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen. Dabei muss der Zuzug von geflüchteten Menschen und Menschen aus Südosteuropa gleichermaßen als integrative Leistung der Städte anerkannt werden. Zu viele der Zuwanderer aus Südosteuropa leben unter nicht hinnehmbaren sozialen Rahmenbedingungen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung muss verbessert, Abhängigkeitsstrukturen und Schwarzarbeit müssen bekämpft werden. Asylverfahren müssen beschleunigt werden, um Schutzsuchenden schneller Klarheit über ihren



Foto: @nebenan.de Stiftung / „WELCOME Treff“

Status zu geben. Darüber hinaus muss es endlich gelingen, in Europa zu einer solidarischen und fairen Verteilung von Geflüchteten zu kommen.

## Katastrophenschutz weiterentwickeln



Foto: @Sebastian Stenzel – stock.adobe.com

Die Herausforderungen durch Naturkatastrophen, Cyberattacken und Pandemien werden wachsen. Die angestoßenen Prozesse zur Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes müssen konsequent umgesetzt werden. Die Kommunen müssen zeitnah in den Aufbau des Bund-Länder-Kompetenzzentrums eingebunden werden, um über alle Ebenen ein integriertes und kooperatives Krisenmanagement sicherzustellen. Der Bund muss zudem die Krisenkommunikation „Fit für den Notfall“ verstärken. Dazu gehören auch die zielgerichtete Alarmierung und Warnung der Bevölkerung über Cell Broadcast sowie die Ausweitung des Sirenenförderprogramms und die resiliente Ausgestaltung des Digital-Funks.

## Digitalisierung selbstbestimmt und sicher gestalten

Die Städte müssen auch im digitalen Raum selbstbestimmt handeln können. Dafür braucht es Vernetzung, Austausch, Qualifizierung und eine ausreichende Finanzierung. Um technologische Abhängigkeiten zu verringern, braucht es offene Standards und Schnittstellen. Diese sollten vom Bund konsequent eingefordert und gefördert werden. Der Bund muss mehr für die IT-Sicherheit von kritischer Infrastruktur auf kommunaler Ebene tun. Glasfaser und 5G müssen schnell ausgebaut werden.



Foto: @iStock.com / aleanabs

## Moderne, bürgernahe Verwaltung schaffen



Foto: @Song\_about\_summer - stock.adobe.com

Eine medienbruchfreie, effiziente Verwaltung und ein zeitgemäßer Service für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen stehen für die zukunftsfeste Stadt. Verwaltungsprozesse müssen durchgängig digitalisiert werden. Hierfür müssen Bundesmittel auch bei den Kommunen ankommen. Einheitliche Bundes- und Landesangelegenheiten mit geringem kommunalem Bezug müssen nicht von jeder Stadt einzeln digital umgesetzt werden. Der Bund und die Länder sollten hier zentrale technische Prozesse und IT zur Verfügung stellen. Eine Aufgabenkritik unter Weisungsaufgaben ist notwendig.

## Europa mit den Städten gestalten

Städte setzen sich für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa ein. Der Bund muss sich für eine frühzeitige und konsequente Einbindung der Städte in europäische Entwicklungen sowie den europäischen Gesetzgebungsprozess einsetzen. Eine ausreichende Finanzierung bei der Umsetzung ist erforderlich. Insbesondere der Green Deal muss flexibel und handhabbar sein. Städte- und Projektpartnerschaften brauchen Unterstützung, sinnvoll wäre etwa ein deutsch-britischer Bürgerfonds.



Foto: @Daina Le Lardic / EP / European Union 2020

## Internationale Städtediplomatie einbeziehen und stärken



Foto: @StadtLeipzig

In der internationalen Zusammenarbeit verfügen Städte über Expertise, Bürgernähe und Handlungsspielräume. Sie fungieren als Dialogplattform und Brückenbauer, Impulsgeber und Treiber von Innovationen. Die bedeutende Rolle der Städte für die Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und globaler Nachhaltigkeit muss anerkannt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das internationale Engagement der Städte in ihre außenpolitische Arbeit einzubeziehen. Die urbane Perspektive muss dauerhaft in den G7-Prozess einfließen.

## Für das alles braucht es schnelle Hilfe...

Corona hat fiskalisch drastische Folgen. Allein in den Jahren 2021 und 2022 fehlen den Städten und Gemeinden nahezu 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Hier muss die neue Bundesregierung schnell handeln und gemeinsam mit den Ländern zügig die Haushalte stabilisieren. Wie im Jahre 2020 müssen die Steuermindereinnahmen auch in 2021 und 2022 kompensiert werden. Und die Altschuldenlösung gehört nach wie vor auf die Tagesordnung.



## ...und langfristige Lösungen



Foto: @Wolf-Christian Strauss

Klimaschutz, Verkehrswende, Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum – die zentralen Themen unserer Zeit verlangen gerade von den Kommunen tatkräftiges Handeln. Das Geld hat der Aufgabe zu folgen – und zwar nicht als kurzfristiges Förderprogramm. Städte und Gemeinden brauchen mehr verlässliche Steuereinnahmen, um langfristig und dauerhaft besser investieren zu können. Auch der Klimaschutz wird die Städte und Gemeinden finanziell fordern. Ihr Anteil am Steueraufkommen muss erhöht werden. Zielgenaue Maßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse sollten dies ergänzen.



# Deutscher Städtetag – Die Stimme der Städte

---

Städte prägen den Alltag – bei uns tauschen sie sich aus. Im Deutschen Städtetag haben sich rund 3.200 Städte und Gemeinden mit fast 53 Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Das sind Städte von Aachen bis Zwickau, darunter alle Landeshauptstädte, die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen – und natürlich auch viele kleinere Städte. Der Deutsche Städtetag ist die Stimme der Städte.

## Unsere Aufgaben

- Wir vertreten die Interessen aller kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte,
- sind im Gespräch mit der Bundesregierung, mit Bundestag, Bundesrat, Europäischer Union und zahlreichen Organisationen,
- nehmen Einfluss auf die Gesetzgebung,
- achten auf die kommunale Selbstverwaltung, die im Grundgesetz garantiert ist.

## Städte für Menschen – wir geben Orientierung

- Die Städte gestalten das Lebensumfeld für die Menschen vor Ort.
- Wir diskutieren mit unseren Mitgliedsstädten Fragen, die alle Städte betreffen. Wir legen gemeinsam Positionen fest.
- Wir geben den Städten Orientierung über das, was auf Bundesebene und in der EU geschieht.

## Städte mit Zukunft – was wir wollen

Die Städte stemmen den Großteil der öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Bund und Länder sollten die Städte als Partner begreifen. Die Städte müssen handlungsfähig bleiben. Für die Aufgaben der Kommunen muss die Finanzierung stimmen.



## DIE STIMME DER STÄDTE

**A** Aachen • Aalen • Amberg • Annaberg-Buchholz • Ansbach • Aschaffenburg • Auerbach/Vogtland  
Augsburg **B** Bad Kreuznach • Baden-Baden • Bamberg • Baunatal • Bautzen • Bayreuth • Berlin • Bernau  
Biberach an der Riß • Bielefeld • Bocholt • Bochum • Bonn • Bottrop • Brandenburg an der Havel  
Braunschweig • Bremen • Bremerhaven **C** Castrop-Rauxel • Celle • Chemnitz • Coburg • Cottbus  
**D** Darmstadt • Delitzsch • Delmenhorst • Dessau-Roßlau • Dortmund • Dresden • Duisburg • Düren  
Düsseldorf **E** Eberswalde • Eisenach • Eisenhüttenstadt • Emden • Erfurt • Erkner • Erlangen • Essen  
Esslingen am Neckar **F** Falkensee • Flensburg • Forst (Lausitz) • Frankenthal (Pfalz) • Frankfurt (Oder)  
Frankfurt am Main • Freiberg • Freiburg im Breisgau • Friedrichshafen • Fulda • Fürth **G** Gelsenkirchen  
Gera • Gießen • Gladbeck • Glauchau • Goslar • Gotha • Göttingen • Gräfelfing • Greifswald • Gütersloh  
**H** Hagen • Halberstadt • Halle (Saale) • Hamburg • Hameln • Hamm • Hanau • Hannover • Heidelberg  
Heidenheim an der Brenz • Heilbronn • Hennigsdorf • Herford • Herne • Hildesheim • Hof • Hoyerswerda  
**I** Ingolstadt • Iserlohn **J** Jena **K** Kaiserslautern • Kamenz • Karlsruhe • Kassel • Kaufbeuren • Kempten  
(Allgäu) • Kiel • Koblenz • Köln • Konstanz • Krefeld **L** Landau in der Pfalz • Landsberg am Lech • Landshut  
Leipzig • Leverkusen • Limbach-Oberfrohna • Lindau (Bodensee) • Lörrach • Lübeck • Ludwigsburg  
Ludwigshafen am Rhein • Lüneburg **M** Magdeburg • Mainz • Mannheim • Marburg • Memmingen  
Mönchengladbach • Mühlhausen/Thüringen • Mülheim an der Ruhr • München • Münster **N** Neu-Ulm  
Neubrandenburg • Neuenhagen bei Berlin • Neumünster • Neuruppin • Neuss • Neustadt am Rübenberge  
Neustadt an der Weinstraße • Neustadt bei Coburg • Neuwied • Nordhausen • Nürnberg **O** Oberhausen  
Offenbach am Main • Offenburg • Oldenburg • Oranienburg • Osnabrück **P** Passau • Pforzheim • Pirmasens  
Pirna • Plauen • Potsdam **Q** Quedlinburg **R** Recklinghausen • Regensburg • Remscheid • Reutlingen  
Riesa • Rosenheim • Rostock **S** Saarbrücken • Salzgitter • Sassnitz • Schwabach • Schwäbisch-Gmünd  
Schwedt/Oder • Schweinfurt • Schwerin • Siegen • Sindelfingen • Solingen • Speyer • Stendal • Straubing  
Stuttgart • Suhl **T** Taucha • Teltow • Teterow • Trier • Tübingen **U** Ulm **V** Velten • Viersen  
Villingen-Schwenningen **W** Weiden in der Oberpfalz • Weimar • Wiesbaden • Wilhelmshaven • Wisma  
Witten • Wittenberg • Wolfsburg • Wolgast • Worms • Wuppertal • Würzburg **Z** Zweibrücken • Zwickau

---